

Die EFTA-Staaten Norwegen, Island, Schweiz und Liechtenstein

Burkard Steppacher

Den mittlerweile 27 EU-Mitgliedern stehen auf Seiten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) gerade einmal vier Mitgliedstaaten mit zusammen 12,6 Mio. Einwohnern gegenüber, die ihrerseits nicht nur geographisch, sondern auch politisch, wirtschaftlich und kulturell höchst heterogen sind. Die Schweiz ist dabei ein zusätzlicher Sonderfall, insofern sie nicht an den Mechanismen des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) teilnimmt, sondern mit der EU ein spezielles und dichtes Netz bilateraler Verträge unterhält.¹

Durch den EWR sind die 27 EU-Staaten und die drei EFTA/EWR-Mitglieder in einem Binnenmarkt zusammengeschlossen, in welchem für alle beteiligten Staaten die gleichen Grundregeln gelten.² Dazu zählt das Recht, sich innerhalb des gesamten EWR frei zu bewegen, zu wohnen, zu arbeiten, zu investieren und Grundbesitz zu erwerben. Eine Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit ist nach Art. 4 EWR-Abkommen untersagt. Im Unterschied zum EU-Recht deckt das EWR-Abkommen bestimmte Politikbereiche wie eine Gemeinsame Agrarpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik oder Justizpolitik und Steuern nicht oder nur teilweise ab. Das EWR-Abkommen besteht aus dem Hauptabkommen mit 129 Artikeln, seinen Anhängen und Protokollen, den EWR-Erweiterungsabkommen anlässlich der EU-Erweiterungen von 2004 und 2007 sowie den EWR-relevanten Rechtsakten der EU (Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen etc.), auf die im Abkommen verwiesen wird. Der entsprechende EWR-Acquis ist seit 1992 kontinuierlich gewachsen: Beim Start des EWR waren rund 1.500 EU-Rechtsakte Teil des EWR-Acquis; die Zusammenarbeit und folglich auch die Zahl der gemeinsamen Rechtsakte nahm anschließend permanent zu. Im Jahr 2007 wurden 416 und 2008 weitere 218 EU-Rechtsakte in das EWR-Abkommen übernommen, so dass die Gesamtzahl der übernommenen EU-Rechtsakte Ende 2008 auf 5.328 angewachsen ist.³

Kernaufgaben der EFTA sind heute die Verwaltung und Umsetzung der EFTA-Konvention (EFTA-interner Handel), des EWR-Abkommens (mit der EU) sowie seit den 1990er Jahren der weltweite Abschluss von Freihandelsabkommen mit Drittländern. Derzeit bestehen insgesamt 18 Freihandelsabkommen mit südosteuropäischen Ländern, den meisten Mittelmeer-Anrainern sowie lateinamerikanischen und asiatischen Ländern. Zuletzt wurden die Freihandelsabkommen der EFTA mit Ägypten, der Südafrikanischen

1 Vgl. Jahrbuch der Europäischen Integration 2007, S. 261-264.

2 Vgl. Burkard Steppacher: Europäische Freihandelsassoziation, in: Wolfgang W. Mickel/Jan Bergmann (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, 3. Aufl., Stuttgart, Baden-Baden 2005, S.231-234.

3 Vgl. European Free Trade Association (EFTA): 48th Annual Report of the European Free Trade Association 2008, Brüssel 2009, S. 13. Vgl. die fortlaufend aktualisierte EWR-Rechtssammlung unter http://www.llv.li/pdf-llv-sewr-ewr_register.pdf. Mit einer Umsetzungsquote von etwa 99% stehen die EFTA-Staaten im EWR besser als manch großer EU-Mitgliedstaat da.

Zollunion (SACU), dem Golf-Kooperationsrat (GCC), Kolumbien und Kanada geschlossen, Abkommen mit Peru, Thailand und Indien sollen folgen.⁴

Island – Finanzpolitische Eruptionen erschüttern die Vulkaninsel

Seit der regulären Parlamentswahl im Mai 2007, als deren Ergebnis eine Koalitionsregierung der konservativen Unabhängigkeitspartei (Sjálfstæðisflokkur) mit der sozialdemokratischen Allianz (Samfylkingin) im Amt war, ist Island in eine zum erheblichen Teil hausgemachte finanz- und wirtschaftspolitische Krise geschlittert, die 2008 an den Rand des Staatsbankrotts führte. Island war in den vergangenen Jahren zu einem der reichsten Industrieländer geworden, die Finanzkrise hat es fast über Nacht zu einem hochverschuldeten Entwicklungsland gemacht. Nun treibt nackte Not den zu weit gesprungenen und dabei verunglückten nordischen Tiger in die EU.⁵

Die isländische Krone verlor im Herbst 2008 auf den internationalen Finanzmärkten eklatant an Wert, die drei wichtigsten Banken des Landes (Glitnir, Kaupthing Bank und Landsbanki) wurden mit einem Notstandsgesetz verstaatlicht. Sie waren erst im vergangenen Jahrzehnt privatisiert worden und in der Folgezeit durch gewagte Finanzgeschäfte rasant gewachsen. Das auf immensen Krediten errichtete Kartenhaus der isländischen Finanz-Oligarchen („Wirtschaftswikinger“⁶) stürzte jedoch mit lautem Aplomb ein. Allerdings konnten die Banken auch nach der Verstaatlichung die fälligen Gelder in Höhe von 750 Mio. US-Dollar nicht zurückzahlen, so dass Island de facto zahlungsunfähig war. Nur durch Milliardenkredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderer europäischer Länder ließ sich der Zusammenbruch in letzter Sekunde abwenden.⁷ Durch den Kursverlust der Landeswährung schnellten zudem Inflation und Arbeitslosigkeit stark in die Höhe. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2009 um bis zu 10% schrumpfen.⁸

Bei den anhaltenden Massenprotesten gegen die Verantwortlichen für die Finanzkrise hatten die Demonstranten immer wieder den Rücktritt der Regierung sowie von Zentralbankchef Oddsson verlangt. Am 26. Januar 2009 trat die Regierung Haarde schließlich zurück und kündigte Neuwahlen an. Die Leitung einer Übergangsregierung übernahm die bisherige Sozialministerin Jóhanna Sigurdardóttir, deren sozialdemokratische Allianz (Samfylkingin) eine Koalition mit der Links-Grünen Bewegung (Vinstrihreyfingin – grænt framboð) einging, gestützt von der rechtsliberalen Fortschrittspartei (Framsóknarflokkurinn).

Als Ergebnis der vorgezogenen Parlamentswahlen vom 25. April 2009 erhielt die rot-grüne Parteienkoalition die absolute Mehrheit der Wählerstimmen und der Sitze im Althing. Dank einem Zuwachs auf 29,8% für die Allianz und erdrutschähnlicher Gewinne der Links-Grünen (21,7% nach zuvor nur 7,4%) besteht damit erstmals seit der Unabhängigkeit im Jahr 1944 eine linke Mehrheit im isländischen Parlament.

Allerdings sind die Meinungen über den besten Weg aus der Krise geteilt: Während die Politiker der sozialdemokratischen Allianz sich bereits seit langem mehrheitlich für einen EU-Beitritt aussprechen, ist der links-grüne Koalitionspartner trotz der Krise hier weit skeptischer positioniert. Die Koalitionsvereinbarungen endeten am 10. Mai 2009 mit dem

4 Karte der aktuellen Drittlandbeziehungen: <http://www.efta.int/content/free-trade/fta-map>.

5 Island fürchtet den Ruin, Die Zeit, 10.8.2009.

6 Vgl. Halldór Gudmundsson, Wir sind alle Isländer. Von Lust und Frust, in der Krise zu sein, München 2009.

7 Island erhält Finanzhilfe von über zehn Milliarden Dollar, Handelsblatt, 20.11.2008.

8 Islands langer Weg zurück zur Normalität, Neue Zürcher Zeitung, 3.9.2009.

salomonischen Kompromiss, die Entscheidung über ein EU-Beitritts-gesuch in die Hände des Parlaments zu legen. Entsprechend engagiert war die Debatte im Parlament: Mit knapper Mehrheit (33 von 63 Stimmen) befürwortete der Althing am 16. Juli 2009 ein Beitritts-gesuch zur EU, das die Regierung Sigurdardóttir gleichentags beschloss und schon am Folgetag bei der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft in Stockholm und bei der EU-Kommission in Brüssel einreichte.

Erklärtes Ziel ist ein Beitritt im Jahr 2012, jedoch untersteht ein EU-Beitritt in Island einem Referendum. Gegenwärtig sind die Meinungen dazu sehr schwankend: In Island fürchten die Fischer um den Verlust der Autonomie über die Fischgründe in der 200-Meilen-Zone; auf seiten der Finanz- und Dienstleistungsbranche erhofft man sich hingegen Heil von der Einführung des Euro, nachdem der Fischzug auf den internationalen Kapitalmärkten mit einem Schiffbruch endete. Auch in der EU bestehen deutliche Vorbehalte gegenüber den Beitrittsavancen des jüngsten EU-Interessenten, insbesondere in Großbritannien und den Niederlanden, deren Sparer besonders von der isländischen Bankenpleite betroffen sind.

Norwegen – Rot-rot-grün gewinnt und zögert weiter in Sachen EU

Erstmals seit bald zwei Jahrzehnten ist eine norwegische Regierung in Wahlen bestätigt worden. Bei den Parlamentswahlen am 14. September 2009 ging die sozialdemokratische Arbeiterpartei (AP) unter Ministerpräsident Jens Stoltenberg erneut als stärkste Kraft im Storting hervor und konnte sogar noch leicht zulegen (35,4% nach 32,7% im Jahr 2005). Die Gewinne der Arbeiterpartei wogen die Verluste der Sozialistischen Linkspartei (SV) auf, so dass zusammen mit der bäuerlichen Zentrums-partei (Sp) die rot-rot-grüne Koalitionsregierung fortgesetzt werden konnte.⁹ Das bürgerliche Lager scheiterte an seiner inneren Zerrissenheit: Die konservative Høyre (H) erreichte mit ihrer Spitzenkandidatin Erna Solberg zwar den größten Stimmenzuwachs aller Parteien und konnte mit einem Ergebnis von 17,2% (plus 3,2 Prozentpunkte) einen Teil ihrer Verluste von 2005 wieder ausgleichen, allerdings verloren die beiden kleinen gemäßigten bürgerlichen Parteien, Christliche Volkspartei (KrF) und linksliberaler Venstre (V), entsprechend an Stimmen. Die rechtspopulistische Fortschrittspartei (FrP) unter Führung von Siv Jensen schnitt schlechter ab als vorhergesagt, erreichte mit 22,9% jedoch das beste Ergebnis ihrer Geschichte.

Mit 86 von 169 Sitzen hält Stoltenberg eine knappe Regierungsmehrheit im Storting, die Aussicht auf eine erfolgreiche weitere Legislaturperiode hat, sofern die Koalitionäre weiterhin so konsequent politisch strittige Themen ausklammern können. Dank der Erdöl- und Erdgas-Erlöse plagt den norwegischen Staat kein Haushaltsdefizit, sondern eher die Sorge, wie man das viele Geld sicher und ertragreich anlegen kann.¹⁰ Der Staatliche Pensionsfonds, der die Erträge des Ölgeschäfts weltweit investiert, ist trotz der internationalen Finanzkrise auf inzwischen rund 280 Mrd. Euro angewachsen, was ca. 58.000 Euro pro Einwohner entspricht. Der außerordentliche Wohlstand des Landes ist – neben der Fischereipolitik – ein entscheidender Grund, dass Norwegen auf absehbare Zeit kein EU-Mitglied werden dürfte. Zwar ist die Arbeiterpartei, ebenso wie die oppositionelle Høyre, tendenziell eher EU-freundlich eingestellt, allerdings lehnen die kleinen Koalitionspartner

9 Vgl. Norwegen bleibt links – dem Erdöl sei Dank, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.9.2009.

10 Krise? Welche Krise?, Die Welt, 12.9.2009.

eine EU-Annäherung strikt ab.¹¹ Eine mögliche EU-Mitgliedschaft ist in der norwegischen Bevölkerung, wie schon die negativen Beitrittsreferenden von 1972 und 1994 zeigten, weiterhin latent umstritten und vermutlich nicht mehrheitsfähig.¹²

Die Schweiz – Auf der Suche nach dem Rahmenabkommen

Während mit Island die europäische Peripherie eklatant ins Trudeln geriet, bewegt sich Schweiz europapolitisch weiter auf ruhiger Bahn. Priorität der eidgenössischen Europapolitik ist die Umsetzung und Weiterführung der bestehenden bilateralen Abkommen (Acquis bilatéral) mit der EU.¹³ Zur Zeit bestehen rund 20 Haupt- und über hundert Sekundärabkommen, die kontinuierlich erweitert werden.

Aus dem Paket „Bilaterale II“ trat das Schengen/Dublin-Abkommen für die Schweiz formell zum 1. März 2008 in Kraft. Operativ in Kraft gesetzt wurde die Zusammenarbeit im Rahmen der Sicherheits-, Visum- und Asylzusammenarbeit zum 12. Dezember 2008. An den Flughäfen gilt das Schengen-Regime seit dem Flugplanwechsel zum Frühjahr 2009. Auch hier muss die Schweiz bei anstehenden Veränderungen des Schengen-Acquis entsprechende Rechtsakte (u.a. zur elektronischen Speicherung biometrischer Daten) innerhalb bestimmter Fristen autonom in eidgenössisches Recht überführen.

In verschiedenen neuen Themenfeldern haben beide Seiten ein Interesse an einer vertieften Zusammenarbeit. In den Bereichen Strom, Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit wird verhandelt, weitere Themen sind u.a. Emissionshandel, Satellitennavigation (Galileo und EGNOS), Chemikaliensicherheit (REACH) und eine Revision des bestehenden Versicherungsabkommens von 1989. Die Idee eines Rahmenabkommens Schweiz – EU, mit dem die bilateralen Beziehungen besser gebündelt werden könnten, wurde seitens der EU positiv zur Kenntnis genommen, allerdings ist über weitere Schritte noch nicht entschieden.¹⁴

Liechtenstein – Finanzplatzkrise forciert Richtungs- und Regierungswechsel

Die Beziehungen zwischen Liechtenstein und der EU waren in den vergangenen Jahren geprägt vom Thema Bekämpfung von Steuerdelikten. Das Jahr 2008 war dabei für Liechtenstein ein krisenhafter Höhepunkt, insofern zur internationalen Finanzmarktkrise und den anhaltenden Forderungen der USA zur Aufhebung des Bankgeheimnisses auch ein öffentlichkeitswirksamer Steuerskandal trat: Deutsche Behörden gelangten in den Besitz einer DVD mit mehreren hundert Datensätzen von Bankkunden, worauf umfangreiche Ermittlungen wegen Steuerbetrugs in Millionenhöhe eingeleitet wurden. Bekanntestes Beispiel ist die „Affäre Zumwinkel“, bei der Gelder am deutschen Fiskus vorbei in Liechtenstein angelegt worden waren.¹⁵ Die Sonderstellung des Finanzplatzes Vaduz rührt in der Möglichkeit, Vermögen nahezu steuerfrei in Stiftungen, Trusts, Treuhandgesellschaften etc. anzulegen,

11 Klare Fronten im Norden, Süddeutsche Zeitung, 16.9.2009.

12 Vgl. dazu: Carsten Schymik: Norwegens Sonderweg nach Europa. Warum Norwegen nicht Mitglied der Europäischen Union ist, Bonn 2007, S. 26f.

13 Vgl. Burkard Steppacher: Die Schweiz und die EU: Das Modell der bilateralen Verträge, in: Martin Große Hüttmann u.a. (Hrsg.), Das neue Europa, Schwalbach 2008, S.212-227.

14 Vgl. Dieter Freiburghaus: Königsweg oder Sackgasse? Sechzig Jahre schweizerische Europapolitik, Zürich 2009, S. 342ff.

15 Steuerskandal erreicht immer mehr Staaten, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.2.2008.

so dass das Fürstentum bei Anlegern als „Steuerparadies“ gilt, von Politikern anderer Staaten allerdings zugespitzt als fiskalischer „Schurkenstaat“ eingeschätzt wird.¹⁶

Nur mit Mühe ist es dem Finanzplatz Liechtenstein inzwischen gelungen, aus der Schusslinie der OECD-Staaten zu kommen, die das Fürstentum wegen „unkooperativen Verhaltens“ bei der Betrugsbekämpfung auf der „Schwarzen Liste“ der Steueroasen geführt haben. Das Liechtensteinische Recht unterscheidet zwischen (tolerierter) Steuerhinterziehung, die auf dem Verwaltungswege geahndet wird, und (strafbarem) Steuerbetrug. Nach mehrjährigen Verhandlungen erklärte sich das Fürstentum Ende 2008 bereit, mit den USA ein Steuerabkommen abzuschließen.¹⁷ Künftig kann nun bereits bei einem begründeten Verdacht auf Steuerdelikte von US-Bürgern das Bankgeheimnis aufgehoben werden, nicht erst bei nachgewiesenem Betrug.¹⁸

Auch der Wahlkampf 2009 hatte die Zukunft des Finanzplatzes Liechtenstein zum zentralen Thema. Recht überraschend führten die Parlamentswahlen am 8. Februar 2009 zu einem Machtwechsel: Die bisher stimmenstärkste Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) verlor drastisch an Stimmen und wurde vom kleineren Partner in der Großen Koalition, der Vaterländischen Union (VU) zahlenmäßig überrundet, so dass von Regierungschef Otmar Hasler noch am Wahltag seinen Rücktritt erklärte. 2001 hatte die konservative, von ihren Ursprüngen her bäuerlich-gewerblich geprägte FBP (umgangssprachlich im Fürstentum auch die „Blauen“ genannt) mit 49,9% der Stimmen mit 13 Mandaten die absolute Mehrheit der 25 Sitze im Landtag des Fürstentums errungen. Nach einem leichten Rückgang auf 48,7% und nur mehr 12 Sitze bei der Wahl 2005, bei der vor allem die grün-alternative Freie Liste (FL) profitiert hatte, erfolgte nun der Absturz der FBP auf 43,5%. Klarer Gewinner im Jahr 2009 ist der bisherige Juniorpartner der Großen Koalition, die liberal-konservative Vaterländische Union (VU) nun mit 47,6% der Stimmen (plus 9,4 Prozentpunkte) und 13 Sitzen im Landtag. Entsprechend der klassischen Farbsymbolik werden die „Roten“ aufgrund ihrer christlich-sozialen Wurzeln und Positionen auf der politischen Rechts-links-Skala von den Stimmbürgern im Ländle als ein klein wenig „linker“ wahrgenommen.¹⁹ Trotz der absoluten Mehrheit ist der Wahlsieger VU mit der FBP erneut eine Koalitionsregierung eingegangen und stellt mit Klaus Tschüscher nun den neuen Regierungschef.²⁰ Eine kleine Koalition mit der Freien Liste (FL) hatten beide großen Parteien vor der Wahl kategorisch abgelehnt, weil diese die Umwandlung des Fürstentums in eine repräsentative Monarchie fordert. Auch mit ihrer kritischen Position zum Finanzplatz Liechtenstein stößt die FL im „Ländle“ nur auf geteilte Zustimmung und überwand die 8-Prozent-Hürde bei den Wahlen folglich nur knapp (8,9% nach 13,0% im Jahr 2005).²¹

16 Vgl. SPD-Finanzexperte spricht von „Schurkenstaat“, Süddeutsche Zeitung, 21.2.2008; Steinbrück zeigt Liechtenstein die Krallen, Süddeutsche Zeitung, 23.2.2008.

17 Vgl. Liechtenstein lockert Bankgeheimnis, Süddeutsche Zeitung, 9.12.2008.

18 Vgl. Liechtenstein kooperiert in Steuersachen, Neue Zürcher Zeitung, 9.12.2008.

19 Die FBP ist traditionellerweise im Unterland stärker vertreten und gilt als besonders fürstentreu und österreichfreundlich, währenddessen die VU ihre Hochburgen im Oberland hat und eher der Schweiz zugeneigt ist.

20 Seit den 1930er Jahren praktizieren die beiden großen Parteien FBP und VU das Modell einer Regierungskoalition, von dem bisher erst zweimal, 1997 bis 2001 mit einer VU-Alleinregierung und 2001 bis 2005 mit einer FBP-Alleinregierung, abgewichen wurde. Trotz häufiger absoluter Mehrheiten entsprechen breit verankerte Regierungskoalitionen der politischen Kultur im Fürstentum. Vgl. dazu: Wilfried Marxer, Landtagswahlen 2009: Regierungsbildung und Wählerpräferenzen in Liechtenstein, Benders 2009, S. 14.

21 Vgl. <http://www.landtagswahlen.li>.

Die neue Regierung hat gegenüber dem Ausland eine Kehrtwende eingeleitet: Regierungschef Tschütscher gelang es innert kurzer Frist, das Fürstentum aus dem Sperrfeuer der Kritik zu nehmen. Am 12. März 2009 erkannte die liechtensteinische Regierung in einer Erklärung den OECD-Steuerkooperationsstandard als verbindlich an. Ziel ist es, durch den Abschluss von mindestens zwölf bilateralen oder multilateralen Abkommen nach OECD-Standard wieder auf die „weiße Liste“ der OECD zu kommen.

Die EU-Mitgliedstaaten sind seit langem bestrebt, mit Liechtenstein Vereinbarungen zur Bekämpfung des Steuerbetrugs abzuschließen. Auf der Grundlage des Informationsabkommen zwischen Liechtenstein und den USA legte die Europäische Kommission 2008 einen Vorschlag für ein entsprechendes Abkommen zwischen der EU und Liechtenstein vor. Umgekehrt erhofft sich Liechtenstein den Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen, von dem nicht nur die Bürger des Fürstentums, sondern vor allem auch die in Liechtenstein domizilierten Unternehmen profitieren würden. Hier sind jedoch viele EU-Mitgliedstaaten zögerlich. Inzwischen konnte Liechtenstein verschiedene bilaterale Abkommen vereinbaren, unter anderem wurde im August 2009 mit Großbritannien ein Abkommen über den Informationsaustausch in Steuerfragen unterzeichnet. Ab 2015 dürfen demnach britische Kunden nur mehr voll versteuertes Geld in Liechtenstein verwalten lassen.²² Mit Luxemburg konnte Liechtenstein sogar ein Doppelbesteuerungsabkommen abschließen, während sich die Abkommen mit Deutschland, Frankreich und Irland sich auf den Informationsaustausch beschränken.

Weiterführende Literatur

EFTA, EFTA-Konvention (Vaduzer Konvention vom 21. Juni 2001), <http://www.efta.int/content/legal-texts/efta-convention/eftaconvention-texts>.

European Free Trade Association (EFTA): 48th Annual Report of the European Free Trade Association 2008, Brüssel 2009, <http://www.efta.int/content/publications/annual-reports/ar-2008>.

Europäische Kommission, GD Außenbeziehungen: http://ec.europa.eu/external_relations/we/index_en.htm.

Freiburghaus, Dieter: Königsweg oder Sackgasse? Sechzig Jahre schweizerische Europapolitik, Zürich 2009.

Gudmundsson, Halldór: Wir sind alle Isländer. Von Lust und Frust, in der Krise zu sein. München 2009.

Jónsson, Ásgeir: Der Fall Island. Wie internationale Spekulanten ein Land an den Rand des Staatsbankrotts brachten, München 2009.

Marxer, Wilfried: Landtagswahlen 2009: Regierungsbildung und Wählerpräferenzen in Liechtenstein, BERN 2009 (= Arbeitspapiere Liechtenstein-Institut Nr. 23), http://www.liechtenstein-institut.li/Portals/11/pdf/politikwissenschaft/LIAP_23_Regierungsbildung_final.pdf.

Stappacher, Burkard: Draußen und doch mitten drin. Die Schweiz und die EU, in: Der Bürger im Staat, 57. Jg., Nr. 1-2/2007, S. 75-80, http://www.buergerimstaat.de/1_2_07/das_groessere_europa.pdf.

Schymik, Carsten: Norwegens Sonderweg nach Europa. Warum Norwegen nicht Mitglied der Europäischen Union ist, Bonn 2007, http://www.zei.de/download/zei_dp/dp_c173_schymik.pdf.

Schymik, Carsten: Island auf EU-Kurs. Beitritt als Rettungsanker, SWP-Aktuell 24, Berlin, Mai 2009.

22 Amnestie für britische Kunden in Liechtenstein, Neue Zürcher Zeitung, 12.8.2009.